



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf die bayerische Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Expertenanhörung zu folgendem Thema durchzuführen und dazu leitende Beamte der EU-Kommission aus Brüssel einladen:

Welche Auswirkungen haben bzw. hatten die Entscheidungen der EU-Kommission auf die bayerische Landwirtschaft hinsichtlich

- ökonomischer Folgen,
- der Einschränkung bei Bewirtschaftungsmethoden,
- soziologischer Folgen,
- ökologischer Folgen,
- der Ernährungssicherheit bzw. Selbstversorgungsgrad,
- der Erträge aus landwirtschaftlicher Produktion,
- der Entwicklung der Erzeugerpreise und Verbraucherpreise für Lebensmittel.

Begründung:

Die Agrarpolitik der EU zielt auf eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern, fordert mehr Ökolandbau, Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität und erhebliche Anstrengungen hinsichtlich des sog. Klimaschutzes.

Mit der Gründung der EU durch den 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in „Europäische Gemeinschaft“ (EG) umbenannt. Die EU hat sich seither weit entfernt von den ursprünglichen Zielen der ehemaligen EWG, nämlich der europäischen Integration durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Mit dieser Änderung sollte die qualitative Veränderung der EWG von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer umfassenden politischen Organisation, die etwa auch umwelt- und sozialpolitische Fragen behandelt, zum Ausdruck gebracht werden. Seither hat sich die EU immer mehr zu einer Zentralregierung entwickelt, die immer mehr Entscheidungen zum Nachteil der nationalen Interessen der jeweiligen Mitgliedstaaten fällt.

Die demokratische Legitimierung der EU-Kommission durch Wahlen ist aus unserer Sicht nicht gegeben. Exemplarisch sei hier die umstrittene „Ernennung“ der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen genannt.

Die massiven Proteste der Bauernbewegung in den Niederlanden in den letzten Wochen haben ihren Ursprung in der Ablehnung von Entscheidungen aus Brüssel, die zu

solchen aus unserer Sicht unsinnigen Auswüchsen wie der Gründung eines „Ministeriums für Stickstoff“ in den Niederlanden geführt haben und die holländischen Bauern erheblich in ihrer Existenz bedrohen.

Politische Folgen sind die Erfolge der „Bauer-Bürger-Bewegung“ (BBB) und die dramatische Niederlage der Regierungskoalition bei den Provinzwahlen in den Niederlanden, die ein politisches Erdbeben ausgelöst haben.

Auch der BREXIT ist auf massive Proteste der britischen Bürger gegen erhebliche Eingriffe der EU in die Souveränität des Vereinigten Königreiches zurückzuführen.

Der sog. Green Deal, der im Dezember 2019 von der Kommission unter Ursula von der Leyen ausgerufen wurde, soll die EU 2050 klimaneutral werden lassen. Das gesamte Konzept umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen in Bezug auf Finanzierung, Verkehr, Handel und Land- bzw. Forstwirtschaft.

Eine Studie zu den Auswirkungen des „Green Deals“ auf die bayerische Landwirtschaft wurde bereits beschlossen und im Haushaltsplan 2023 mit 220.000 Euro budgetiert.

Der „Green Deal“ ist allerdings nur ein wichtiger Teilaspekt, eine umfassende Evaluierung aller agrarpolitischen EU-Maßnahmen ist daher angebracht.